

# Der Steinmetz

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinmetzen Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Verbandsstelle in Leipzig  
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C  
Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaßene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einwendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 33

Sonnabend, den 19. August 1922

26. Jahrgang

## Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperr“, „Streik“, „Zuzug fernhalten“, in jedem Fall Erfindungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten einget, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Gesperri“, „Streik“, „Zuzug fernhalten“, werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperrung geschildert wird.

### Gesperri:

In Jena (Grabsteingeschäfte von Ebert u. Meyer). In Blankenhain (Firma Wiltz Eiermann). In Niebrenschütz (Grabsteingeschäft und Schleiferei von May Benker). In Reudnitz (Mittelfrank.) die Grabsteingeschäfte von Gustav Meyer und Joh. Stiegelitz. Die Dortmund Union (Hochofenbau) von Steinmetzen unbedingt zu meiden.

### Streik:

In Siegnitz (Grabsteingeschäfte). In Altengronau. In Steinach (Firma Mohr, Griffelindustrie).

### Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperr und Streik von Bürgstadt (Betrieb Firma Holzmann). Von Herford, Lippe-Dehmold. Von Forst (Grund erbärmliche Löhne). Von Sangerhausen (Grabsteingeschäfte Lehmann und Staab und Wahl, sowie die von den Zweiggeschäften der Firma Lehmann in Frankenhäuser a. Kyffh. und in Sandershausen. Von Seckemünde-Bulsdorf. Von Arnstadt i. Thür.

### Erledigte Bewegungen.

Tarifbezirk Mühlbach-Weiler. Steinbrecher und Steinhauer erhalten vom 16. Juli an 3 M. und vom 1. August ab 7 M. Zulage pro Stunde. Hilfsarbeiter über 19 Jahre zu denselben Termnen 3 M. und dann 5 M.

Bezirk Maulbronn-Pfaffenhausen. Steinbrecher und Steinhauer vom 1. August an 10 M. und vom 16. August an weitere 5 M. Hilfsarbeiter zu denselben Zeitpunkten 8 M. und 3 M. Die Stundenlöhne betragen dann in diesem Bezirk vom 16. August an: a) Steinhauer I. Lohnklasse 45 M., II. Klasse 44 M., III. Klasse 41 M.; b) Steinbrecher I. Klasse 44 M., II. Klasse 43 M., III. Klasse 38 M.; c) Hilfsarbeiter I. Lohnklasse 35 M., II. Klasse 33 M., III. Klasse 30 M.

Berlin. Lohnsätze ab 1. bis 15. August: Werksteinbranche: Steinmetzen 47 M. pro Stunde, Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 34.40 M., Hilfsarbeiter über 6 Monate im Beruf 40.70 M.

Grabmalbranche: Steinmetzen 44 M., Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf 29.50 M., Hilfsarbeiter über 6 Monate im Beruf 37.90 M.

Marmorbranche: Steinmetzen 44 M., Schleifer, Fräser, Dreher usw. 43.80 M., Anfänger im Beruf bis 6 Monate 28.80 M., bis 9 Monate 33 M., bis 12 Monate 38 M., über 12 Monate 43.80 M., Hilfsarbeiter bis 6 Monate 31.30 M., über 6 Monate 38.30 M., Frauen bis 6 Monate 21.50 M., bis 9 Monate 25.50 M., über 9 Monate 29.50 M. Ueber die Lohnsätze ab 16. August wird erneut verhandelt.

Elbflandengebiet. Der Streik in der Steingewinnung wurde am 10. August mit vollem Erfolg für die Kollegen beendet.

Nürnberg. Marmorbranche. Zulage vom 7. Juli pro Stunde 5 M., vom 21. August an weitere 3.50 M.

Für Steinbrecher in Wendelstein eine Zulage von 6.50 M. pro Stunde.

Bezirk Ebbelein. (Pflaster und Schotter.) Die Afford- und Zeitlohnsätze erhöhen sich ab 1. August um 30 Prozent.

Weserberg-Neuhof. Die Stundenlöhne aller Berufsgruppen erhöhen sich ab 5. August um 6.50 M. und ab 19. August um weitere 4 M. Auf die Grundlöhne des Affordtarifs erfolgt ab 5. August ein Teuerungszuschlag von 1000 Prozent und ab 19. August ein weiterer von 650 Prozent. Der Gesamtteuerungszuschlag auf den Affordtarif beträgt ab 19. August 5750 Prozent.

Mies. Auf die Zulöhne werden im Marmorwerk vom 1. bis 15. August 25 Prozent und vom 16. bis 31. August weitere 10 Prozent Zulage geleistet.

Odenwaldbezirk. (Werksteinbranche.) Die Teuerungszulage wird ab 4. August um 300 Prozent erhöht, eine weitere Erhöhung folgt ab 18. August um 240 Prozent. Sie beträgt dann ab 18. August 2600 Prozent. Die Stundenlöhne sind: Brecher ab 4. August 34.19 M., ab 18. August 37.53 M. Steinmetzen ab 4. August 33.70 M., ab 18. August 36.99 M. Hilfsarbeiter ab 4. August 29.52 M., ab 18. August 32.40 M. — Tritt während dieser Periode eine unvorhergesehene stärkere Preissteigerung ein, treten die Parteien zu weiteren Verhandlungen sofort zusammen.

Wiesbaden (Rhön). Streik mit Erfolg erledigt. Die Arbeit am 7. August wieder aufgenommen.

Sächsische Pflaster- und Schotterindustrie. Auf die Tarifsätze, wie sie bis 17. bzw. 18. August bestehen, kommt ab 10. bzw. 11. bis 17. bzw. 18. August eine Teuerungszulage von 6 M. pro Stunde. Weiter wurde vereinbart, daß die Stundenlöhne von Mitte Juli bis Mitte August für die Zeit vom 17. bzw. 18. bis 30. bzw. 31. August um je 6 M. und vom 31. August bzw. 1. September bis 13. bzw. 14. September um 10 M. erhöht werden. Für Affordarbeiten tritt zu denselben Terminen eine entsprechende Erhöhung ein. Sollte die Teuerung ein Durchhalten des obigen Vertrages bis Mitte September unmöglich machen, so werden rechtzeitig entsprechende Maßnahmen bei den Arbeitgeberverbänden eingeleitet werden.

## Wie lange wird das noch so weiter gehen?

Diese Frage hat seit Jahr und Tag fast jeder Kollege mit seiner Frau von Woche zu Woche, wenn sie Berechnungen und Betrachtungen über den Lebensunterhalt anstellen, wiederholt. Eintretende Lohnerhöhungen schienen Erleichterung zu bringen, doch beim näheren Prüfen war die Lebenshaltung stets höher gestiegen als die Lohnaufbesserung ausgleichen sollte. Die Wirkung dieser Tatsache ist nun recht unterschiedlich auf einzelne Kollegen. Dem

einen sinkt der Mut, er wird gleichgültig, denn alles Streben gleicht ihm einem Saß ohne Boden; dem anderen packt der Zorn über diesen dauernden und sich immer mehr verschärfenden Zustand; dieser Kollege schimpft nun über alles. Dem dritten wird durch die traurigen Verhältnisse der Mut und die Energie belebt, um einen höheren Lohn zu erreichen. Bei diesem Wanken sind die beiden erst genannten Kollegen eine Art Hemmschuh; denn trotz aller Willensentfaltung für Ausgleich im Lohn und Lebenshaltung muß der Mutlose wie der Zornige mitgezogen werden. Diese Tatsachen sind allen Verbandsmitgliedern bekannt, weil sie immer wieder von neuem in derselben Stimmung dasselbe Schauspiel zum Ausgleich beginnen müssen. Die Differenz zwischen Lohn und Lebenshaltung wird jedoch immer größer. Die plötzliche Preissteigerung in den letzten Wochen stellt alles bisherige in den Schatten. Augenblicklich ist eine mindestens 100fache Verteuerung festzustellen, ohne daß sie als Grenze bezeichnet werden kann; dagegen ist günstigenfalls der Lohn an einzelnen Orten nur um das 40- bis 50fache gestiegen.

Der Sturz der Markwährung war in den letzten Wochen katastrophal. 100 Mark sind gleich 50 Pfennig Friedenswert, oder 1 Mark gleich 1/2 Pfennig. Das ist alles andere nur keine natürliche Entwicklung; sie wurde und wird hervorgerufen durch verwerfliche menschliche Eigenschaften im internationalen und nationalen Verkehr. Diesen internationalen Mächtigkeiten gegenüber sind wir, wie die Verhältnisse augenblicklich liegen, machtlos. Verblendete Macht und schließlich Ruhmsucht hat hier die Hände im Spiel, gestützt auf Kanonen, Bajonette und Handgranaten! Durch die Lagepresse wurde den Verbandsmitgliedern bekannt, wie oft und in welcher Form die französischen Drohreden herüberweheln und die Folge dieser ewigen Not ist jedesmal Sturz der Markwährung. Das hohe internationale und nationale Finanz-Jobberwesen paßt sich dem recht schnell an und macht auf Grund dessen noch besondere Geldgeschäfte. Der Zusammenbruch des deutschen Finanzgebarens — der arbeitenden Bevölkerung immer neue Verschlechterungen ihrer materiellen Existenz bringend — gestattet den nationalen und internationalen Börsen-Jobbern, sich Niemen aus der Haut der deutschen Arbeiter zu schneiden, mit denen dann diese Finanzer ihre Gewinne zusammenbündeln. Die deutschen Groß- und Kleinhandelskreise machen auf ihre Art dieselbe Geschichte mit und der deutsche Bauer steht im Durchschnitt auf derselben Stufe. Sie alle rafften mit mehr oder minderer Geschick die schmutzigen Papierlappen zusammen.

Kommt nun aber der Arbeiter und verlangt mehr Lohn, dann tauchen dieselben Leute auf, die zur Verschärfung der Lebenshaltungskosten beitragen, und zetern über die hohen, angeblich untraglichen Löhne, die die Preissteigerung verursachen. Diese Geuchler; denn sie haben ihren Nebhach bereits in der Tasche, während die Lohn- und Gehaltsempfänger vor ihrer Forderung längst in der eingetretenen Teuerung stehen. Die Lohnempfänger rechnen, strecken, entbehren und hungern! Daher ist die Frage: „Wie lange soll das noch so weiter gehen?“ allzu sehr begrifflich und auch berechtigt.

Die fortwährenden Konferenzen um „Deutschland wieder auf die Füße zu stellen“, wie es so oft schon über den englischen Kanal herübergeschallt, wirken in der Tat wie ein Kasperle-Theater; sie können nicht mehr ernst genommen werden! Die internationale Faust der Lohnarbeiter ist leider noch zu schwach, um mit einem kurzen, sicheren Hieb dieses ganze Gewirr zu durchschlagen. Die wohlmeinenden Beschlüsse der internationalen Arbeiterzusammenkünfte finden in den einzelnen Ländern nicht den richtigen Resonanzboden, um zur Auswirkung zu kommen. Derweil geht Deutschland und Oesterreich zugrunde und reißt noch andere mit. Der himmelschreiende Zustand, daß im Westen Deutschlands sich zehntausende ausländischer Soldaten und Offiziere recht überflüssigerweise jahrelang aufhalten und auf Kosten der leuzenden deutschen Steuerzahler ein Parasitenleben führen, wird von den internationalen Verantwortlichen als berechtigt angesehen. Es wird weiter als Recht angesehen, ein Teil deutscher Rohstoffquellen besetzt zu halten und dabei nicht bedacht, daß die Besetzung uns die Möglichkeit nimmt, ohne Groll gutzumachen, was aus dem Weltkriege als menschliche Pflicht auf Deutschland hängen geblieben ist. Nichts von alledem; es wird konferenzt und kompromisselt, dabei wird die trostlose wirtschaftliche Lage für den deutschen Lohnarbeiter immer untraglicher. Die Verhältnisse an einzelnen Orten gegen wucherische Händler sollten auch der Regierung zeigen, was die Glode geschlagen hat, es gibt innerhalb unserer Landesgrenzen wohl noch Mittel und Wege, um der Volksausbeutung durch die eigenen Volksgenossen Einhalt zu gebieten.

In der Außenpolitik bemüht sich die Regierung wie ein Steuermann mit seinem Schiff gegen den Wind, zwischen den immer wieder auftauchenden Klippen hindurchzulavieren; wobei die dauernde Gefahr besteht, letzten Endes doch an eine der Klippen anzunehmen und trotz aller Anstrengungen und Mühen endgültig Schiffbruch zu erleiden. Die inneren Gegensätze zwischen Bayern und der deutschen Republik (die augenblicklich einmal wieder überbrückt wurden) helfen auch, daß die drohenden Klippen nicht umschifft werden, und daß das deutsche Staatswesen im Ausland nicht mehr als kreditfähig eingeschätzt wird. So wirkt alles zusammen, dem Lohnarbeiter und seinen Angehörigen die materielle Lage unerträglich zu gestalten. Dazu wirkt verbitternd die Lage der Besizenden! Trotz aller wirtschaftlichen Not und Bedrückung Deutschlands von außen, leben diese Kreise herrlich und in Freuden, sie entbehren nichts, sie schwärmen, hamstern und flirten in den Badeorten und intrigieren gegen die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Der Lohnarbeiter mit seinem einfachen und geraden Gedankengang sagt sich nicht mit Unrecht: „das kann und darf so nicht mehr weitergehen!“ Die östereichischen Glendverhältnisse sind Warnung genug. Dieser künstlichen Mache, die keine natürliche Entwicklung darstellt, und die alle Arbeitenden immer mehr ins Elend führt, muß schließlich so oder so ein Ende bereitet werden. Lieber ein solches mit Schrecken als den letzteren ohne Ende. Man stelle den ausländischen Konferenzzern und Kompromisziern die Verwaltung der deutschen Republik zur Verfügung, das weitere findet sich dann schon von selbst in natürlicher Entwicklung.“ Manche sagen, das sei das Ei des Kolumbus in dieser bezwickelten und verzerrten Weltlage, die nur durch kapitalistische Handlungen zu dem unentwirrbaren Knäuel gemorden ist. Ob auf diese Art und augenblicklich der Kern des Glendproblems getroffen wird, wollen wir nicht behaupten, aber große Arbeiterkreise denken so. Vielleicht muß diese Methode letzten Endes doch zur Anwendung kommen, nachdem alle Weise des guten Willens und Könnens nicht beachtet werden.

Der Arbeiterschaft stehen noch schwere Tage bevor, das sieht jeder, der tiefer blickt. Die Zerrüttung des deutschen Geldwesens zeigt den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik. Falsch wäre es, wenn unsere Kollegen sich vom Würdlichkeitsgefühl übermannen lassen. Sie müssen versuchen durch Lohnerhöhungen der Preissteigerung nachzukommen und im übrigen dafür sorgen, daß ihre wirtschaftlichen und politischen Organisationen intakt bleiben. Wir gebrauchen alle beide noch recht notwendig.

## Das Organisationsproblem auf dem Gewerkschaftskongreß.

II.

Dem Kongreß lagen zwei Entschlüsse zur Entscheidung vor. Die Resolution Dismann fordert, „für große zusammenhängende Industrien ... einheitliche Industrieverbände anzuerkennen oder zu schaffen“. Diese nicht ganz präzise Formulierung wird dadurch nicht deutlicher, daß sie weiter heißt: „Dies geschieht durch den Zusammenschluß der heute noch vorhandenen Berufsorganisationen.“ Wenn nur dies gewollt wäre, würde es unverständlich sein, warum die Resolution an anderer Stelle eine „grundlegende Änderung der bisherigen Gewerkschaftsform“ verlangt, denn eine solche Zusammenfassung entspricht durchaus der Entwicklungsrichtung. In Wirklichkeit wollen die Antragsteller aber — darüber haben sie keinen Zweifel gelassen — die Umwandlung der Berufsvereine in betriebliche Industrieverbände.

Auf welchem Wege soll diese Umformung durchgeführt werden? Die Resolution beauftragt „den Vorstand und Ausschuß des DGB, in kürzester Frist eine Vorlage auszuarbeiten, die einen organischen Aufbau von Industrieverbänden und deren Abgrenzung usw. vorzieht. Diese Vorlage ist zunächst den beteiligten Gewerkschaften zur weiteren Beratung zu überweisen.“ Damit schließt die Resolution, sie läßt also die Frage der endgültigen Durchführung des neuen Planes offen. Wenn dadurch die ganze Angelegenheit mehr den Charakter eines theoretischen Studienplans als einer praktischen Organisationsänderung bekommen hat, so ist das nicht die Schuld des Antragstellers. Die ursprünglichen Absichten gingen weiter. Wenn nicht schon auf diesem Kongreß die endgültige Entscheidung herbeigeführt werden konnte, so sollte doch zum mindesten in kurzer Frist ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß zu diesem Zweck einberufen werden. Für diese Absicht, die die Androhung eines Zwanges für diejenigen Verbände, die sich nicht freiwillig unterwerfen, enthielt, war jedoch eine Mehrheit auf dem Kongreß nicht zu haben, obwohl der Metallarbeiterverband, der hinter dem Antrag stand, über mehr als ein Fünftel der Stimmen verfügte.

Die Resolution Dismann wurde mit 4854 125 gegen 1925 972 Stimmen angenommen. Wer daraus aber schließen sollte, daß nunmehr die Durchführung der neuen Organisationsform gesichert wäre, würde sich über die Tragweite des Beschlusses irren. Es darf nicht übersehen werden, daß 17 Verbände für, aber 27 gegen die Resolution gestimmt haben (der Landarbeiterverband erklärte sich desinteressiert und stimmte nicht mit; bei drei anderen Verbänden stimmten die Vertreter annähernd je zur Hälfte dafür und dagegen). Unter den kleineren Verbänden, die für die Resolution stimmten, waren die der Dachdecker, Glaser und Töpfer, die bereits vorher ihren Beitritt zum Baugewerksbund beschlossen hatten, ferner die der Lithographen und Buchdrucker, die sich schon vor zwei Jahren mit den anderen beiden graphischen Verbänden in dem grundsätzlichen Beschluß, einen graphischen Verband zu errichten, zusammengefunden haben. Hier handelt es sich um einfache Zusammenschlüsse, die ganz im Rahmen der bisherigen Entwicklung liegen und durchaus keine grundlegende Formänderung bedeuten. Im übrigen waren es die großen Verbände der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, Gemeinbedarfer, Textilarbeiter und Transportarbeiter, die mit dem erdrückenden Uebergewicht ihrer Stimmen die Entscheidung herbeigeführt haben.

Die Dinge liegen demnach so, daß diejenigen Verbände, die von einer Veränderung nicht berührt werden oder davon zu gewinnen haben, für die neue Organisationsform gestimmt haben; diejenigen Verbände aber, auf die es bei der Abstimmung in erster Linie ankam, die sich nach dem neuen Plane tatsächlich umformen müßten, haben sehr entschieden abgelehnt. Aber auch dieses Ergebnis darf nicht falsch gedeutet werden. Es gibt kaum einen maßgebenden Vertreter der Berufsverbände, der deren Organisationsform für der Weisheit letzten Schluß hält. Auch sie erkennen die Notwendigkeit einer stärkeren Konzentration durchaus an, aber sie wollen dabei die gewerkschaftliche Einheit des Berufs nicht opfern. Sie wollen auch nicht Zusammenschlüsse in jedem Falle und unter allen Umständen, sondern sie wollen erst die Voraussetzungen dafür erfüllt sehen. In den Statuten, den Verwaltungseinrichtungen, den Kampfmethoden und Vertragsverhältnissen, der Beitragshöhe und den Unterstützungseinrichtungen sind heute zwischen den Verbänden ganz enorme Höhenunterschiede. Man wird es den Mitgliedern fortgeschrittener Organisationen nicht verübeln können, daß sie sich nicht wieder auf ein tieferes Niveau herabdrücken lassen möchten, während andererseits die Verbände, die zurückgeblieben sind, nicht mit einem Sprung auf die Höhe der anderen klettern können. Wo solche Unterschiede bestehen, muß erst allmählich nivelliert werden, bevor ein haltbarer Neuaufbau geschaffen werden kann. Verschmelzungen können nur dann von Vorteil sein, wenn die neue Einheit auch tatsächlich homogen ist; anderenfalls wird eine solche gewerkschaftliche Ehe der Quell dauernden Mißvergnügens auf beiden Seiten.

Die Resolution Tarnow, die im Einverständnis mit dem Bundesvorstand vorgelegt wurde, forderte ebenfalls „den Zusammenschluß zu großen, leistungsfähigen Industrieverbänden“ und empfahl „nachdrücklich denjenigen Berufsverbänden, deren Organisationsgebiete ausschließlich oder vorwiegend in derselben Industrie liegen, den Zusammenschluß zu einem gemeinsamen Industrieverband“. Sie bezeichnet zwar die Gründe, die für die berufliche Abgrenzung sprechen, als die überwiegenden, lehnt aber andere Formen nicht grundsätzlich ab. Sie hält „eine allgemeine, plötzliche und willkürliche Umformung der Gewerkschaften weder für zweckmäßig noch für durchführbar“ und spricht weiter aus, „nur in organischer Entwicklung unter Berücksichtigung aller berechtigten Interessen und im Ausgleich einander widerstrebender Tendenzen kann die Organisationsform verändert werden, ohne die Einheit der Gesamtbewegung zu gefährden. Der Kongreß lehnt es ab, einen Zwang zur Bildung neuer Organisationsformen auszusprechen, überläßt es vielmehr den einzelnen Verbänden, auf dem Wege gegenseitiger Verständigung diejenigen Veränderungen vorzunehmen, die den Beteiligten als zweckmäßig erscheinen.“

Aus der Ablehnung dieser Resolution und der Annahme derjenigen von Dittmann könnte gefolgert werden, daß nun eine andere Form erzwungen werden solle. Gegen die Anwendung von Zwang haben sich aber schon auf dem Kongreß in aller Form auch eine Reihe namhafter Unterzeichner der Resolution Dittmann erklärt. In der Tat wäre die Anwendung von Zwangsmitteln unmöglich, nicht nur auf Grund der geschriebenen Satzungen, sondern viel mehr noch der natürlichen Beschaffenheit des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Bund ist eine freiwillige Verbindung von Verbänden, die nicht auf ihre Selbstständigkeit und ihr Selbstbestimmungsrecht verzichten haben. Es sind namentlich die größeren Verbände, die einen Eingriff des Bundes in ihre Selbstständigkeit stets zurückzuweisen pflegen. Umgekehrt wird man auch den kleineren Verbänden nicht wohl zumuten können, einen Mehrheitsbeschluß der großen Verbände anzuerkennen, der ihnen die Existenz nehmen und sie auseinanderreißen will. Eine Entscheidung darüber kann logischerweise nur gefällt werden von jeder einzelnen Organisation, die es angeht; und alle Erfahrungen haben bewiesen, daß ein Zwang oder Druck von außen her solche Entscheidungen nicht fördert, sondern im Gegenteil eher verhindert.

Der Bundesvorstand soll nach der angenommenen Resolution einen Plan für die Umformung der Gewerkschaftsbewegung in etwa 15 Industrieverbände mit betrieblicher Abgrenzung ausarbeiten und den Verbänden zur Beratung vorlegen. Der Ausgang dieser Aktion ist heute schon voraussehbar, da solche Beratungen bereits vor dem Kongreß vor einer dazu vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission in zahlreichen Sitzungen unter Hinzuziehung der betreffenden Verbandsvertreter stattgefunden haben. Hier zeigte sich zwar, daß in einer Reihe Industriegruppen bereits Zusammenschlüsse in Vorbereitung sind; doch dazu war eine Anregung von außen her gar nicht erforderlich gewesen. Mit überraschender Einmütigkeit wiesen selbst solche Verbandsvertreter, die eifrig für Zusammenschlüsse der erwähnten Art eintreten, die Einmischung anderer Gewerkschaftsinstanzen als diejenigen der direkt beteiligten Verbände und die Anwendung von Zwangsmitteln als unzumutbar ab. Eine Wiederholung der Beratungen wird an dieser Auffassung, die sich zwangsläufig aus der ganzen Konstruktion der Gewerkschaftsbewegung ergibt, kaum etwas ändern.

Ist demnach der Leipziger Beschluß mehr von theoretischer als von praktischer Bedeutung, so schließt das nicht aus, daß die Konzentration an sich Fortschritte machen wird. Tatsächlich ist sie schon viel weiter vorgeschritten, als gemeinhin angenommen wird. Wenn es auch noch 49 Verbände gibt, die den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bilden, so liegt doch heute schon das Schwergewicht in wenigen großen Verbänden. Auf dem Leipziger Kongreß waren nach Größenordnungen vertreten:

Bis 10000 Mitgl.	= 10 Verb. mit zus.	61 102 Mitgl.	= 0,8%
von 10000—50000	" = 16 "	381017 "	= 5,1%
" 50000—100000	" = 11 "	803155 "	= 10,6%
" 100000—300000	" = 3 "	548153 "	= 7,2%
über 300000	" = 9 "	5772268 "	= 76,3%

Ungefähr 88 1/2 Prozent der gesamten Gewerkschaftsmitglieder sind also schon in 12 Verbänden zusammengeballt, und die Entwicklung wird hierbei nicht stehenbleiben. Aber sie muß organisch von innen herauswachsen. Der Versuch eines mechanischen Zwanges von außen her könnte nur störend und hemmend auf den Gang der natürlichen Entwicklung wirken.

### Christliche Demagogie.

Als einen „Kongreß der Gegensätze und Widersprüche“ bezeichnet ein in der christlichen Gewerkschaftspressen erschienener Artikel den Gewerkschaftskongreß in Leipzig. Daß auf diesem Meinungsverschiedenheiten vorgekommen sind, ist an sich kein Unglück. Es vergeht keine Tagung freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter, wo nicht die Geister mehr oder weniger hart aufeinander schlagen. Wir haben dies nie als ein Unglück angesehen, ebenso wenig, daß man bei solchen Gelegenheiten die Worte nicht vorher auf eine Goldwage zu legen pflegt.

Damit soll nicht gesagt sein, daß auf dem letzten Gewerkschaftskongreß alles wunderbar gewesen sei. Leider sind von außen her planmäßig geförderte Zersplitterungsbestrebungen während der letzten Jahre nicht ohne Erfolg gewesen, zum Vorteil und zur Freude der Gegner der Arbeiterklasse. Gaben aber gerade die Christlichen Ursache, sich auf hohe Pferde zu setzen? Sie haben in ihren Reihen auch schon genug Streitigkeiten gehabt, die zuweilen auch schon recht scharf waren und um so mehr auffallen mußten, als ihre Christlichkeit sie doch vor so etwas beschützen sollte.

Und dabei können wir nur nach dem urteilen, was in die Öffentlichkeit kommt. Wenn man bedenkt, daß in jenen Kreisen noch eine sehr geschickte Regie arbeitet, so muß man zu dem Schluß kommen, daß auch dort nicht alles so reibungslos hergeht, wie man es vor der Öffentlichkeit hinstellen möchte.

Von Gegensätzen zwischen „Massen und Führern“ ist in dem uns vorliegenden Artikel ebenfalls die Rede; nur hat man hier die Sache ins München-Bladbacherische umgebogen. Während man in den Angriffen von links die Sache so darzustellen versucht, als seien die „Führer“ rückständige Bureauftrauten, die den vorausgeeilten Massen nicht zu folgen vermöchten, behauptet der Verfasser des uns vorliegenden Artikels:

„Die Führer aber tun nur so, als ob sie noch gläubig wären. Ihr Handeln entspricht nicht mehr den sozialistischen Lebensgesetzen. Sie gewannen aus der Erfahrung heraus das Erkenntnis, daß die Sache der Arbeiter hoffnungslos erledigt ist, wenn die Arbeiterbewegung auf jenem Boden stehen bleibt. Die Politik der Führer geht so Wege, die mit der sozialistischen Theorie in Widerspruch stehen.“

Mit „jenem Boden“ ist der Marxismus gemeint. Der Verfasser meint also im Gegensatz zu den Angriffen von links, daß die Massen hinter den Führern zurückgeblieben seien. Beide Ansichten enthalten so viele Schiefheiten, daß wir sehr ausführlich werden müßten, wenn wir sie so zurechtzureden wollten, wie es eigentlich nötig wäre. Wir müssen uns hier leider auf Andeutungen beschränken. Auch fühlen wir uns nicht berufen, uns hier zum Vormund der Gewerkschaftsführer aufzuwerfen. Wenn der Verfasser aber in Waid und Wogen behauptet, ihr Handeln entspreche „nicht mehr den sozialistischen Lebensgesetzen“, ohne auch nur das geringste Beispiel anzuführen, worüber man dann noch weiter reden könnte, und wenn er dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen behauptet, ihr „Spiel“ sei „kein ehrliches“, so ist das denn doch — um uns milde auszudrücken — eine starke Unverschämtheit. Der Herr Verfasser mag nur sehen, daß seine Handlungsweise immer ebenso mit den christlichen Gesetzen übereinstimmt — besonders mit dem 8. Gebot — wie die der „Führer“ der freien Gewerkschaften mit den „sozialistischen Lebensgesetzen“.

Daß es mit der Sozialisierung nicht schneller vorangeht, bedauern nicht zum wenigsten die Gewerkschaftsführer, die auf dem Boden des Sozialismus stehen. Sollen wir aber an dieser Stelle alles noch einmal auseinandersehen, welche Hindernisse sich in dem verarmten, von den Reparationslasten zu Boden gedrückten Deutschland einer schnellen Durchführung der Sozialisierung entgegenstellen? Daß diese nicht aus den Augen verloren wird, dafür werden schon die sozialistischen Arbeiter Deutschlands sorgen.

Ferner macht der Verfasser noch einige Ausführungen über den Klassenkampf, die, wie es auf christlicher Seite üblich ist, den Zweck haben, seine Gesogtschaft vor dem Klassenkampf graulich zu machen. Er schließt diesen Teil folgendermaßen:

„Eine mehr als naive Zumutung war es seitens der Epikenseitung der „freien“ Gewerkschaften, die Programmsozialisten sollten glauben, die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft sei Klassenkampf.“

Die Wahrheit ist, daß auf dem Gewerkschaftskongreß gesagt wurde, die Arbeitnehmervertreter, die in der Arbeitsgemeinschaft rückhaltlos und geschickt für die Sache der Arbeitnehmer eintreten, könnten doch auf eine erfolgreichere Weise den Klassenkampf führen, als solche, die immerfort vom Klassenkampf reden. Und das ist unbestreitbar. Wie ist es ferner mit den christlichen Gewerkschaften? Ihre Führer entziehen sich ja doch sehr, wenn man zu bezweifeln mag, daß sie ehrlich das Wohl ihrer Mitglieder fördern wollen. Es gibt ja auch Beispiele, daß die christlichen Gewerkschaften Seite an Seite mit den freien Verbänden im Kampf gestanden und treu ausgehalten haben. Mit Verlaub, Herr Verfasser! Das war Klassenkampf. Die christlichen Gewerkschaftsführer mügen das Wort fürchten, so sehr wie sie wollen, in der Tat müssen sie den Klassenkampf führen, wenn sie für ihre Mitglieder ehrlich eintreten wollen.

Der Verfasser läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, hervorzuheben, ein Vertreter aus dem Saargebiet habe den Vorstand des ADGB der bewußten Unwahrheit beschuldigt. Wenn jemand etwas sagt, ist damit auch gleich bewiesen, daß es wahr ist? Auf christlicher Seite „sagt“ man bekanntlich auch mancherlei. Warum fügt der Verfasser nicht auch die Antwort hinzu, die der Vertreter aus dem Saargebiet erhielt? Seine Behauptung erfuhr scharfen Widerspruch. Wenn der Beweis nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit geführt werden konnte, so lag das teils an der vorgerückten Zeit. Der Kongreß sollte gerade geschlossen werden und die Mehrheit der Teilnehmer wollte keine längeren Debatten mehr anhören. Zum andern Teil mußte der Vorstand bei der Begründung

seiner Stellungnahme Vorzicht walten lassen, wenn er seine Gewährungsmänner nicht der Rache der jetzigen Machtaber im Saargebiet aussetzen wollte. Hätte der Kongreßteilnehmer, wie es sich gehörte, die Sache bei den Verhandlungen über den Vorstandsbereich angeschnitten, so hätte man gründlicher darüber reden können.

Bei seinen Bemerkungen über die Organisationsform kommt der Verfasser ebenfalls nicht um eine Verdrehung der Tatsachen herum. Er behauptet, der Kongreß habe den Bundesvorstand gezwungen, „den Berufsgedanken totzuschlagen und den Massenverbanden noch zu verschärfen durch die Schaffung von Industrieverbänden“. Wenn diese Worte einen Sinn haben sollen, so kann es doch nur der sein, daß in den Berufsverbänden der „Massenverbande“ weniger scharf zum Ausdruck komme als in den Industrieverbänden, oder, richtiger gesagt, daß die Berufsverbände den Massenverbanden weniger scharf führen. Eine solche Kennzeichnung werden sich die eifrigen Vertreter der Berufsverbände sehr nachdrücklich verbitten. Auch den Vertretern der Industrieverbände ist es nicht eingefallen, ihren Gegnern in dieser Angelegenheit so etwas zu unterstellen; ebenso sehr werden sie sich dagegen verwahren, daß sie durch ihre Stellungnahme den „Berufsgedanken totzuschlagen“ wollen. Im übrigen mag der Herr Verfasser diese Sache getroßt von den in Frage kommenden freien Gewerkschaften selber erledigen lassen. Wenn er die Finger nicht davon lassen kann, so mag er sich unter den christlichen Gewerkschaften umsehen. Sollen wir ihm auf die Sprünge helfen und ihm Beispiele von Grenzstreitigkeiten zwischen den christlichen Verbänden der Metallarbeiter und der Bergarbeiter nachweisen?

Wir wollen mit dem Gesagten keineswegs behaupten, daß dem verflochtenen Gewerkschaftskongreß keine Unvollkommenheit angehaftet hätte. Dem Urheber der zurückgewiesenen Anpassungen lag es aber nur daran, bei seinen Lesern die Ueberzeugung herbeizuführen, daß die freie Gewerkschaftsbewegung „keine Hoffnung für die deutsche Arbeiterklasse“ sei, und daß „der Leipziger Kongreß die deutschen Arbeitnehmer in der Durchführung ihrer berechtigten Forderungen um Jahrzehnte zurückwerfen kann“. Wenn der Verfasser dann noch die christlichen Gewerkschaften in empfehlende Erinnerung bringt, so mag noch kurz auf folgendes hingewiesen werden: Wenn für die deutsche Arbeiterklasse etwas erreicht wurde und wenn die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mit davon gehen dürfen, so können sie sich nicht zum mindesten bei den freien Gewerkschaften dafür bedanken, und wenn die deutsche Arbeiterklasse nur auf die christlichen Gewerkschaften angewiesen wäre, so könnte sie lange lauern, bis etwas für sie erreicht würde. Davon heißt keine Maus einen Faden ab.

### Berscharfter Kampf gegen die Sozialisierung.

Die „Soziale Bauwirtschaft“ veröffentlicht in ihrer letzten erschienenen Nr. 14 nachstehendes Rundschreiben, das der Ausschuß Bauwirtschaft im Auftrage der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände des Baugewerbes, der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels an das deutsche Unternehmertum versandt hat:

**Ausschuß Bauwirtschaft**  
Verantwortliche für folgende Verbände: Deutscher Zementbund G. m. b. H., Deutscher Kalkbund G. m. b. H., Reichsverband der deutschen Maurermeister, Ziegler- und Tonindustrie e. V., Bund der Gipswerke Deutschlands e. V., Reichsverein der Kalksteinfabriken e. V., Bund der Sand- und Kieswerke e. V., Verein zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen der rheinischen Bimsindustrie / Verband vereinigter Baumaterialienhändler Deutschlands e. V., Deutscher Zementhändler-Bund e. V., Deutscher Wirtschaftsband für das Baugewerbe e. V.  
Charlottenburg 2, Kantstraße 3, Datum des Poststempels.

#### Aufruf zur Bildung eines Sozialisierungs-Außerparlamentarischen Ausschusses.

Die gegen das Internementum unserer Bauwirtschaft gerichteten Sozialisierungsbestrebungen haben auf Grund der gegenwärtigen parteipolitischen Machtverhältnisse einen derartigen Umfang angenommen, daß das Unternehmertum zu tatkräftiger Abwehr schreiten muß, wenn nicht dem Industrieleben die freie Verfügung über sein Werk, dem Händler und Baugewerbetreibenden die Möglichkeit einer gesunden Weiterentwicklung genommen und damit unsere Bauwirtschaft von Grund auf erschüttert werden soll. Dieser lag die Führung dieser Sozialisierungsbestrebungen in der Hand des Verbandes sozialer Baubetriebe. In einigen Bezirksgruppen dieses Verbandes wurden bereits namhafte Summen zur Förderung des Sozialisierungsgebändens aufgebracht. In jüngster Zeit ist durch organisatorischen Zusammenschluß die Zusammenfassung der baugewerblichen Arbeiterklasse und der Arbeiterklasse

### Die sozialistische Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsbewegung in Rußland.

Der Wechsel in der Wirtschaftspolitik und die Förderung des russischen und des ausländischen Kapitals in der Industrie hat die kommunistische Partei gezwungen, auch in der Gewerkschaftsbewegung einen anderen Kurs einzuschlagen. Aber diese neue Politik ist von denselben Widersprüchen erfüllt, wie die kommunistische Partei und die Regierung selbst. Sie sucht den Anforderungen der Arbeiterbewegung entgegenzukommen, indem sie, mindestens auf dem Papier, die Streiks legalisiert und das Prinzip der freiwilligen Mitgliedschaft und der Kollektivverträge proklamiert. Aber gleichzeitig nimmt sie gegenüber den Streiks in den staatlichen Betrieben eine Haltung ein, die einem Verbot der Streiks gleichkommt, was selbstverständlich zur Folge haben muß, daß auch das Streikrecht der Arbeiter in den Privatbetrieben illusorisch gemacht wird. Die Gewerkschaften haben nicht nur keinen Einfluß auf die Leitung der Produktion, sie dürfen sich auch nicht in die innere Betriebsordnung einmischen und besitzen vielfach nicht einmal das Recht der Kontrolle über Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Auch unter dem „neuen Kurs“ sind die russischen Gewerkschaften, deren papierene Millionenzahlen den Hauptposten der Roten Gewerkschaftsinternationale ausmachen, keine Kampforganisationen des Proletariats, sondern im besten Falle Vermittlungsbüros und Schlichtungsausschüsse. Aber auch in dieser Funktion haben sie keine selbständige Macht, sondern sind bei allen wichtigen Entscheidungen — vom Zentralkomitee der kommunistischen Partei abhängig! Auch auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist die Rolle der Gewerkschaften außerordentlich beschränkt; so ist die Fabrikinspektion ausschließlich dem Volkswirtschaftsministerium untergeordnet. Die Folge dieser Verhältnisse ist, daß die immer mehr erstarkende Arbeiterbewegung abseits und oft in schroffem Gegensatz zu den Gewerkschaften verläuft und sich genötigt sieht, neue selbständige Bahnen einzuschlagen. Auch die „neue“ Gewerkschaftspolitik der kommunistischen Partei vermag den Bankrott der Roten Gewerkschaftsinternationale in Rußland nicht aufzuhalten, da ihre Grundlagen im wesentlichen dieselben geblieben sind, während der Zwiespalt zwischen Dekonomie und Politik sich immer mehr verschärft.

Angeichts der geschilderten Sachlage treten die russischen Sozialdemokraten vor allen Dingen dafür ein, daß die Gewerkschaften schleunigst in unabhängige Kampforganisationen des Proletariats verwandelt werden, die frei von jeder bürokratischen Bevormundung, frei von der Diktatur der kommunistischen Zellen den wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die erstarkenden Mächte der Reinen und großen Bourgeoisie zu führen vermögen. Neben dieser wichtigsten Reform verlangen die Sozialdemokraten eine grundlegende Umgestaltung der jetzt herrschenden Tarifpolitik, die zu einer verstärkten Ausbeutung der Arbeitskräfte und zu einer fortgesetzten Senkung des Reallohns geführt hat. Notwendig ist die gesetzliche Garantie eines Lohnminimums und die Regelung der Arbeitslöhne und Kollektivverträge. Notwendig ist ferner der Kampf um die Wiederherstellung der Vorkriegslöhne und die Befreiung aller jener Maßnahmen, die auf den Raubbau an der Arbeiterklasse hinauslaufen.

Neben diesen Forderungen stellen die russischen Sozialdemokraten die Forderung nach Arbeitsschutz und Sozialversicherung

unter Mitwirkung der Gewerkschaften, auf dem Boden der demokratischen Selbstverwaltung auf. Als wichtigstes Kampfmittel der Arbeiter muß ferner das Streikrecht in vollem Umfang wiederhergestellt werden. Da aber unter den obwaltenden Verhältnissen von dem Streikrecht nur in den äußersten Fällen Gebrauch gemacht werden kann, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften auf die wirtschaftlichen Organe des Staates direkten Einfluß gewinnen, um eine gewisse Kontrolle über sie ausüben zu können. Diese auf demokratischer Grundlage organisierte Kontrolle muß:

1. der Tendenz des Kapitals und der Wirtschaftsorgane entgegenwirken, die Volkswirtschaft auf Kosten der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter aufzubauen, und
2. das Schwergewicht der Wiederaufbauarbeit auf die Verbesserung der Technik und die Nationalisierung der Wirtschaftsorganisation legen.

Wie auf allen Gebieten stoßen auch hier die Forderungen des historischen Fortschritts auf die Schranken, die von der kommunistischen Diktatur auferlegt worden sind. Es heißt darüber in dem Bericht des Sozialdemokratischen Zentralkomitees: „Alle erwähnten Aufgaben können von den Gewerkschaften nur verwirklicht werden, wenn sie selbst, ebenso wie die Staatsgewalt, demokratisiert werden. Die jetzt in den Gewerkschaften herrschende Rechtlosigkeit der Mitglieder, die Allmacht der kommunistischen Zellen und der Verbandsbureauftrauten, des Ernennungsweens, die polizeilichen Verfolgungen der Andersdenkenden, die Auflösung und Sprengung der unzureichenden Verbände — alle diese Dinge sind ein unüberwindliches Hindernis für das Wiederaufleben der gewerkschaftlichen wie überhaupt der proletarischen Bewegung. Dieses Regime der Diktatur in den Gewerkschaften stützt sich auf das Regime der Parteidiktatur und des Terrors im Lande. Unter diesen Umständen ist weder eine wirksame Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeiter, noch die Teilnahme der Gewerkschaften bei dem Wiederaufbau der Volkswirtschaft, noch der Kampf für die Revolution und den Sozialismus möglich. Das Ziel muß sein: Demokratisierung der Verbände, Gleichberechtigung der Gewerkschaftsmitglieder, Freiheit des geistigen Kampfes, Wahl aller Organe des Verbandes und ihre Stellung unter der Kontrolle der Mitglieder. Dies alles läuft jedoch auf die Notwendigkeit hinaus, dafür einzutreten, daß im ganzen Lande die Freiheit des Wortes, der Presse, der Verbände und der Streiks ebenso wie die allgemeine Demokratisierung des Staatswesens verwirklicht wird.“

Neben diesen innerpolitischen Aufgaben formuliert das Sozialdemokratische Zentralkomitee auch die internationalen Aufgaben der russischen Gewerkschaftsbewegung. Insbesondere jetzt, wo das ausländische Kapital zum Wiederaufbau Rußlands herangezogen wird, ist ein enges Zusammengehen des russischen mit dem internationalen Proletariat notwendig. „Die bolschewistische Spaltungspolitik hat die russische Gewerkschaftsbewegung von der internationalen Bewegung isoliert und die Stellung der letzteren gegenüber dem internationalen Kapital geschwächt. Es ist notwendig, daß diese Politik schleunigst liquidiert wird. Die proletarische Einheitsfront kann ohne Befreiung der Spaltung in der internationalen Gewerkschaftsbewegung nicht verwirklicht werden. Es ist deshalb notwendig, daß alle russischen Verbände sich den entsprechenden internationalen Berufsvereinigungen anschließen, und daß die Rote Gewerkschaftsinternationale aufgelöst und mit der Amsterdamer Internationale verschmolzen wird.“

Diese Forderung der russischen Sozialdemokratie, die sich sinngemäß aus ihrer ganzen Haltung in der Gewerkschaftsfrage ergibt, schafft klare Bahnen für die internationale Gewerkschaftsbewegung. Die Eingliederung der russischen Arbeiterklasse in die

einheitliche Front des internationalen Proletariats ist eine ebenso unabweisbare Notwendigkeit, wie die Wiedereingliederung des russischen Wirtschaftsgebietes in die Weltwirtschaft. Dieser Vereinigung des russischen mit dem internationalen Proletariat wirkt die Rote Gewerkschaftsinternationale mit ihrer Spaltungs- und Zerkleinerungspolitik in härtester Weise entgegen. Diesen zerstörenden Tendenzen hat die russische Sozialdemokratie, als Führerin aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden proletarischen Elemente, offen den Kampf erklärt. Sache der internationalen Gewerkschaftsbewegung muß es sein, den russischen Sozialdemokraten in diesem Kampfe beizustehen. Denn sie kämpfen unter den furchterlichen Verhältnissen des bolschewistischen Terrors nicht nur um die dringenden Gegenwartsinteressen des russischen Proletariats, sondern auch um die Zukunftsinteressen der gesamten internationalen Arbeiterbewegung.

(Russisches Bulletin, 4. Juli 1922.)

### Vom Reden und Redner.

Nie leide die Rede dem Unrechten und Ungerechten, dem Eiteln und dem Nüchternen; denn sie kann wie ein Schwert werden in deiner Hand, das sich gegen dich selbst kehrt oder gegen das Gute, wie gegen das Schlechte! Sie kann auch eine bloße Karrenpflanze werden... Glaube nicht immer sprechen zu müssen, laß manche Gelegenheiten vorbeiziehen und sprich nie um deinetwillen, sondern immer einer erheblichen Sache wegen! Studiere die Menschen nicht, um sie zu überlisten und auszubeuten, sondern das Gute in ihnen aufzuwecken und in Bewegung zu setzen, und glaube, viele, die dir zuhören, werden oft besser und klüger sein als du, der da sprichst. Wirke nie mit Trugschlüssen und kleinlichen Spitzfindigkeiten, mit denen man nur die Spreu bewegt; den Kern des Volkes rührt du nur mit der vollen Wucht der Wahrheit um... Gleichmäßig bilde deine Kenntnisse aus und bereichere deine Grundlagen, daß du nicht in leere Worte verfallst! Wenn du einen glücklichen Gedanken hast, so sprich nicht, nur um diesen anzubringen, sondern lege ihn zurück; die Gelegenheit kommt immer wieder, wo du ihn reifer und besser verwenden kannst. Nimmt dir aber ein anderer diesen Gedanken vorweg, so freue dich darüber, statt dich zu ärgern, denn es ist ein Beweis, daß du das Allgemeine gefühlt und gedacht hast. Bilde deinen Geist und überwache deine Gemütsart und studiere an anderen Rednern den Unterschied zwischen einem bloßen Maulhelden und zwischen einem wahrhaftigen und gemütreichen Munde!... Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein wichtiger Hausknecht noch wie ein tragischer Schauspieler, sondern halte dein gutes natürliches Wesen rein und dann sprich immer nur aus diesem heraus. Biete dich nicht, wenn dich nicht in Positur, blicke, bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Versammlung belauernd! Sage nicht, du seist nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Weise kennen und es sogleich merken! Und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, verfall einzusammeln, strahle nicht von Selbstzufriedenheit, sondern setze dich still an deinen Platz und horche aufmerksam dem folgenden Redner. Die Großheit ist harte wie Gold, damit, wenn du sie in gerechter Entrüstung einmal hervorkehrst, es ein Ereignis sei und den Gegner wie ein unvorhergesehener Blitzstrahl treffe! Wenn du aber denkst, sie wieder mit einem Gegner zusammenzugehen und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüte dich davor, ihm im Borne das Feuer zu jagen, damit das Volk nicht rufe: Pack schlägt sich, Pack verbrät sich!

(Gottfried Keller, im: Fährlein der sieben Aufrechten.)

fämlicher Baustoffindustrien herbeigeführt und damit eine einheitliche Kampffront gegen das Unternehmertum in Baustoffindustrie, Handel und Gewerbe gebildet worden. Die neue Organisation führt den Namen „Baugewerksbund“ und betrachtet nach Ausweis ihrer Satzung die Förderung der Sozialisierung als ihre Hauptaufgabe. Zu diesem Zweck wird von jedem beim Baugewerksbund eingehenden Verbandsbeitrag ein gewisser Betrag abgezweigt und einzig und allein zur Bekämpfung des Unternehmertums unserer Bauwirtschaft verwendet werden. Selbst bei vorsichtiger Schätzung muß damit gerechnet werden, daß jährlich eine Summe von 20 Millionen Mark für den Kampf gegen die Lebensbedingungen unseres Unternehmertums zur Verfügung stehen wird. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auch das Unternehmertum für diesen Kampf ausreichende Geldmittel aufbringen wird. Wir richten daher an das gesamte Unternehmertum der Bauwirtschaft die dringende Mahnung, durch Gewährung der unbedingt nötigen Geldmittel die Möglichkeit zu schaffen, den privatwirtschaftlichen Gedanken zu verteidigen und zu seiner alten Geltung zu bringen. Zahlungen bitten wir unter Benutzung der beiliegenden Zahlkarte zu richten an das Konto: Geschäftsführer Dr. Walter Schmidt, wegen „Ausfluß Bauwirtschaft“, Dresdner Bank, Berlin, Depotkassette C, Kurfürstendamm 238.

**Ausfluß Bauwirtschaft.**  
Der Vorsitzende, gez. Urbach.

Dieses Rundschreiben zeigt, wie ernst die Unternehmer- und Wirtschaftsverbände des Baugewerbes, der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels die Sozialisierungsbestrebungen der Gewerkschaften nehmen, und welche Angst sie vor der preissteigernden Tätigkeit der sozialen Baubetriebe haben. Für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten muß das Rundschreiben des Ausschusses Bauwirtschaft, das einen verschärften Kampf gegen die Sozialisierung im Baugewerbe einleitet, das Signal zur Verdoppelung ihrer Anstrengungen für die baugewerbliche Sozialisierung sein. Nun erst recht dürfen wir in der Aufbringung von Mitteln für unsere Sozialisierungsbewegung nicht erlahmen.

Den Ausschuß Bauwirtschaft aber fragen wir: Wozu soll der Sozialisierungs-Abwehrfonds gebraucht werden? Sollen daraus einzelne Privatunternehmer Zuzahlungen erhalten, damit sie instandgesetzt werden, die Arbeiter unter dem Selbstkostenpreis zu übernehmen und damit die sozialen Baubetriebe kaputt zu machen, damit auf diese Weise die „freie Wirtschaft“, wie sie das Unternehmertum versteht, wiederhergestellt wird? Oder will man noch mehr Literaten und Volkswirtschaftler in den Dienst der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände des Baugewerbes, der Baustoffindustrie und des Baustoffhandels zum Kampf gegen die Gemeinwirtschaft stellen? Oder glaubt man mit diesem Geld die öffentliche Meinung oder gar die Arbeit vergebenden Baubeamteten kaufen zu können? Oder auf welche Weise will man den Sozialisierungs-Abwehrfonds sonst verwenden?

Auf diese Fragen erwarten wir Antwort; denn an der Klarstellung dieser Dinge ist die Öffentlichkeit aufs stärkste interessiert. Ein weiteres Kampfmittel der Unternehmer gegen die Sozialisierung.

Der Ostpreussische Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe hat an die Ortsvorstände und Einzelmitglieder des Verbandes folgendes Rundschreiben gerichtet, das vermuthlich auf Anweisung der Bundesleitung in Berlin an alle Bezirksverbände ergangen ist:

Z.-Nr. 583/22. O. A. B. 6. Juli 1922.  
An die Herren Ortsverbandsvorsitzenden, Einzelmitglieder usw.

Auf Veranlassung des Deutschen Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe, Berlin, teilen wir Ihnen folgendes ergeben mit: Die Produktivgenossenschaften und sozialen Baubetriebe sollen vielfach höheren Lohn als den tariflich vereinbarten und sonstige Sondervergütungen gezahlt haben bzw. zahlen, um Arbeiter in ihre Betriebe zu ziehen. Nachdem der Vorstand sozialer Baubetriebe zwecks Erlangung der Anerkennung der Gemeinnützigkeit seiner Bauhütten seine Satzungen dergestalt abgeändert hat, daß die Verteilung eines Gewinnes ausgeschlossen ist, besteht die begründete Vermutung, daß den Arbeitern der Gewinn in Form von Mehrgehältern gezahlt wird, daß also heute in den sozialen Baubetrieben und Produktivgenossenschaften Tarifüberschreitungen die Regel bilden.

Um diese Tatsache festzustellen und mit einwandfreiem Material belegen zu können, bitten wir, uns möglichst umgehend folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie haben sich die sozialen Baubetriebe bei Lohnbewegungen des Baugewerbes verhalten?
  2. Wo sind seitens der sozialen Baubetriebe höhere als die tariflichen Löhne und Vergütungen gezahlt worden?
- Recht genaue Angaben (Zeit, Ort, Baustelle, Bauherr usw.) sind erwünscht.

Die Beantwortung der Fragen ist im Interesse des Baugewerbes unbedingt erforderlich, um den gemeinnützigen Charakter der sozialen Baubetriebe in der Öffentlichkeit richtiger zu beleuchten und dem von amtlichen Kreisen erhobenen Vorwurf, das Baugewerbe treibe eine allzu nachgiebige Lohnpolitik, mit dem Hinweis begegnen zu können, daß die sozialen Baubetriebe den Arbeitgebern des Baugewerbes in den Rücken fallen.

Hochachtungsvoll  
Ostpreuß. Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe.  
gez. P. Romcile, 2. Vorsitzender.

Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe will also den Kampf gegen die sozialen Baubetriebe durch den Nachweis führen, daß diese Betriebe nicht gemeinnützig seien, weil sie durch Gewährung über tariflicher Löhne den Arbeitern und Angestellten besondere Zuwendungen machten und damit zur Verteuerung des Baues beitrügen. Da die sozialen Baubetriebe ihre Aufträge fast ohne Ausnahme im schärfsten Wettbewerb mit den Privatunternehmern hereinnehmen müssen, wird ihnen dieser Nachweis nicht gelingen. Den in sozialen Baubetrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten wird aber das Rundschreiben immerhin zeigen, daß es in den sozialen Baubetrieben unter allen Umständen nötig ist, das Wohl der Gesamtheit über das Wohl des einzelnen zu stellen.

**Aus den Zahlstellen.**

**Achtung! Steinarbeiter der Niederlausitz!** Zwischen dem Verband Ostdeutscher Grabsteingewerkschaften Bezirk Niederlausitz und dem Verband der Steinarbeiter, wurde folgende Vereinbarung getroffen:

„Der Minimalstundenlohn für Steinmetzen beträgt ab 1. August 25 Mark. Wo bessere Verhältnisse bestehen, dürfen diese nicht verschlechtert werden. Als Grundlage dieser Vereinbarung gelten die Bestimmungen des am 16. Oktober 1920 abgeschlossenen Reichsarbeitsvertrages.“

Wir eruchen alle Kollegen, als Mindestlohn diese 25 M. zu fordern und alle eventuellen Differenzen unverzüglich dem Unterzeichneten mitzuteilen.

Gust. Mitsche, Berlin SO 16, Engelauer 25.

**Egershausen.** Am 30. Juli 1922 fand im Lokal von Joh. Siebert, Grobentritte (Zahlstelle Egershausen) eine Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche Lage; 2. Lohnbewegungen; 3. Verschiedenes. Das Referat zum 1. Punkt hatte Kollege Gauleiter Schlegel. Seine Ausführungen befriedigten die Anwesenden. Diskussion fand nicht statt. Verfall lohnte seine treffliche Rede. Anschließend behandelte Schlegel die Lohnbewegung und schilderte den Werdegang des Goslarer Schiedsspruches: „Kasseler Bezirk für den Monat Juli Klasse A 4 M., B 4.50 M., C 5 M. pro Stunde; vom 1. August sind sofort neue Verhandlungen anzubahnen.“ Für Monat August sind weitere 6 M. pro Stunde den Unternehmern unterbreitet mit dem Vorbehalt: Bei anhaltender Steigerung sofortige prozentmäßige Auszahlung. Ein erster Kampf soll uns nicht zurückschrecken. Vorsitzender Peter und Kollege Amerim-Grobentritte schlossen sich den Ausführungen des Kollegen Schlegel an. Sie betonten, mit dem Schiedsspruch (Monat Juli) einverstanden zu sein, auch mit

den Forderungen von weiteren 6 M. pro Stunde (Monat August). Die erfolgte Abstimmung ergab, daß sämtliche Kollegen einverstanden waren. Nach kurzen Worten dankte unser Gauleiter Schlegel sämtlichen Kollegen für ihre Aufmerksamkeit in der Versammlung, auch betonte er, daß es sich nicht gern vom Kasseler Bezirk trenne, da für ihn ein anderer Gau bestimmt sei.

**Schwarzenbach a. S.** Am 7. August hielten wir eine Versammlung ab. Wegen besonderer Umstände machte es sich notwendig, unsere Versammlungen einzuschränken. Deswegen reichhaltiger war dafür die vorliegende Tagesordnung. Der Zufall wollte es, daß auch gerade unser Gauleiter Christian Schmidt anwesend war und selbstverständlich mit in die Debatte eingegriffen hatte, was sehr erwünscht war. Vom Kollegen Meier als Vertreter der Tarifunterhandlungen in Würzburg und Hof wurde nochmals eingehend Bescheid erteilt und vom Gauleiter Schmidt ergänzt, auch über die letzten Unterhandlungen in Gotha. Das Für und Wider darüber war unter den Mitgliedern geteilt. Einigen Kollegen war das Errungene in bezug des neuen Tarifes und der Teuerungszulagen zu wenig, während die anderen sich mit dem Erreichten abfinden, weil sie der Ansicht sind, daß mehr vorläufig nicht zu erreichen war. Wenn die ersten Kritik übten, so wollten sie durchaus nicht dabei sagen, daß die Kommission schlecht arbeitete, sondern sie konstatierten die Tatsache, daß der heutige Lohn noch lange kein Ausgleich zu der Erhaltung einer Familie ist. Nur wenige im Vollbesitz ihrer Manneskraft Befindliche erreichen einen zureichenden Lohn, während das Gros der Kollegen selten die tariflich festgesetzten Mindeststundenlöhne der Zeitlohnarbeiter erreichen. Die Kollegen kamen zu der Ueberzeugung, daß, nach vorausgehenden Erfindungen und Informationen bei Nachbarzahlstellen, in Schwarzenbach etwas nicht im Wege ist. Entweder die Nachbarzahlstellen verarbeiten besseres Material oder es wird die Berechnung nach Tarif dort anders vorgenommen. Bestehende Tatsache ist, daß anderwärts höhere Löhne erzielt werden als hier und dem soll auf den Grund gegangen werden. Vor allen Dingen wird jetzt eine exakte Tarifberechnung nach den neuen Grundpreisen und Positionen verlangt und alle Lohnsätze nachgeprüft. Wir appellieren an das Gerechtigkeitsgefühl unserer Kollegen, hier muß der Gehel zuerst angekehrt werden. Wenn diese im Sinne des gegenseitigen Vertrauens arbeiten, sind solche Klagen verstant, denn die Kollegen berechnen größtenteils die Lohnsätze. Nur übrigens ist es Pflicht jeden Steinarbeiters, sich Tarifkundigkeit anzueignen. Es werden nächsten Tarifrechnungen öftlich eingeführt. Weiter wurde vom Vorsitzenden mit Recht unter Kartellrecht lebhaft Klage geführt, daß unter Nachdruck in ein Stadium gekommen ist, wo schleunigst Hilfe geschaffen werden muß. Die Gleichgültigkeit, Interesslosigkeit im Gewerkschaftlichen und Politischen muß verschwinden; er erucht deshalb jeden Kollegen, mitzuhelfen, die Jugend zu dem zu bringen, was sie sein muß. Das übrige kann übergegangen werden. Die sehr interessante Versammlung wurde erst nach Mitternacht mit einem Schlußwort des Gauleiters und einem wichtigen Appell des Vorsitzenden geschlossen.

**Mitgliederbewegung im 2. Quartal 1922.**

Zugang:	
Bestand am Schluß des 1. Quartals 1922	47 942 Mitgl.
Eingetreten im laufenden Quartal	3 664 "
Übergetreten von anderen Verbänden	1 732 "
Zugewirbt in den Zahlstellen	553 "
53 891 Mitgl.	
Abgang:	
Im laufenden Quartal ausgetreten	862 Mitgl.
Wegen rückständigen Beiträgen gestrichen	170 "
Leut § 3, Abs. 5 b ausgeschl. d. S.	25 "
Zu anderen Organisationen übergetreten	994 "
Abgewirbt aus den Zahlstellen	987 "
Im 2. Quartal gestorben	74 "
3 096 Mitgl.	
Bestand und Zugang	53 891 Mitgl.
Abgang	3 096 "
Bestand am Schluß des 2. Quartals 1922	50 795 Mitgl.
Davon waren weibliche Mitglieder	
	1 011
Arbeitslose am Schluß des Quartals	15

**Schwaben.** Am 28. Juni fand in unserem Versammlungslokal die Quartalsversammlung statt. Der Kassierer gab den Kassensbericht vom 2. Quartal. Der Bericht war von den Neuzugewirbten für gut befunden, der Kassierer entlastet. Zum 2. Punkt wurde Kollege Zehner als Delegierter nach Huthorn gewählt. Auch wurde beschlossen, daß jetzt für das Gewerkschaftskartell pro Woche 1 Mark bezahlt wird. Im Punkt Verschiedenes erwähnte Kollege Giel, daß die nichtaffordabigen Steine im Stundenlohn aufgearbeitet werden sollen. Ferner wurde beschlossen, daß jene Kollegen, die ohne Entschuldigung von der Versammlung fernbleiben, eine Strafe von 30 Mark bezahlen müssen. Der Betrag wird unter die tranken Kollegen der Zahlstelle verteilt. Zum Schluß eruchte der Vorsitzende, weiterhin mit der Verwaltung gut zusammenzuarbeiten.

**Reichshausen (Oberlahnkreis).** Am 30. Juli hielt die Zahlstelle zu Mendorf eine gutbesuchte Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: „Wirtschaftliche Lage der Lohnsteinarbeiter und Verschiedenes.“ Kollege Drees gedachte zunächst des so plötzlich verstorbenen Kollegen Kauf, den die Versammlung durch Geben ehrte. Kollege Drees schilderte bis ins kleinste unter Bezugnahme seines im „Steinarbeiter“ Nr. 29 aus den Laubstücken“ geschriebenen Artikel die wirtschaftliche Lage, was die Kollegen mit Aufmerksamkeit verfolgten. Eine rege Diskussion schloß sich den Ausführungen an. Es beteiligten sich an der Diskussion die Kollegen Echs, Wenning, Schmidt, Beiten und Lippert. Sämtliche Redner übten scharfe Kritik an Kollegen Herrmann in Zinshain. Es wurde beschlossen, einen Soziallohnbrief für die drei zu der Zahlstelle Reichshausen gehörenden Steinbrüchen abzuschließen. Weiter wurde beschlossen, der Witwe des verstorbenen Kollegen Kauf 300 Mark aus der Sozialkasse zu überweisen, auch soll jeder Kollege zu dem Betrag 3.20 Mark spenden. Es soll jeden Monat eine Versammlung stattfinden, und zwar ist die nächste Versammlung in Merzenich. Jeder Kollege, der einer Versammlung fernbleibt, muß einen Stundenlohn in die Sozialkasse zahlen! Im Punkt Verschiedenes wurde der Wille bekräftigt, noch fester, entschlossener und einiger die Kampffront zu stärken, um dem großen Ziel entgegenzutreten: die Befreiung des Menschengeschlechts aus kapitalistischer Knechtung.

**Fürstentum (Bez. Kassel).** Am Sonntag, dem 30. Juli, fand unsere gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Gauleiter Schlegel war anwesend und gab uns einen Bericht über den Verlauf der letzten Lohnverhandlungen. Aus dem Bericht konnten wir entnehmen, daß das angerufene Tarifamt durch Schiedsspruch eine Erhöhung der Zulöhne von 4 M. pro Stunde festgesetzt hat. Für August ist eine weitere Erhöhung von 6 M. pro Stunde gefordert. Die Versammlung stimmte der im Bericht zum Ausdruck gebrachten Meinung des Gauleiters zu und beschloß gegen einige Stimmen den Schiedsspruch anzunehmen. Ferner brachte die Versammlung durch Beschluß zum Ausdruck, daß für August eine Lohnzulage unter den geforderten 6 M. pro Stunde auf keinen Fall angenommen werden könne. Sollten die Unternehmer unserer Forderung nicht voll Rechnung tragen wollen, dann behält sich die Versammlung weitere Schritte vor. (Die Forderung von 6 M. pro Stunde ist inzwischen voll bewilligt worden.) — Zu Punkt 2 hält Kollege Schlegel einen Vortrag über die wirtschaftliche und politische Lage. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Auch in unserer kleinen Gemeinde gibt es noch eine Anzahl Leute unter den Landwirten, die jede sich bietende Gelegenheit benutzen,

die Arbeiterzeitung zu propagieren. Am heutigen Sonntag glaubte ich durch den Krieg und seine für die Allgemeinheit so überaus schweren Folgen reich gewordenen Landwirt, uns provozieren zu können. Während der Kollege Schlegel seinen Vortrag hielt und die Kollegen aufforderte, daß auch sie ihren Teil beitrügen, die von Feinden schwer bedrängte junge Republik zu schützen, hielt es dieser wohlhabend gewordene Landwirt für angebracht, an seinem gegenüber dem Versammlungslokal gelegenen Hause eine schwarzweißrote Flagge aufzuziehen. Nur dem Einfluß des Kollegen Schlegel ist es zu danken, daß sich die Versammlungsbesucher davon abhalten ließen, dieses wilhelminische Wahrzeichen herunterzuholen. Der Kollege Neumann forderte am Schluß der Versammlung die anwesenden Kollegen auf, unermüdet tätig zu sein in der Agitation für unseren Verband. Mit den Worten, je größer die Zahl der Mitglieder in den freien Gewerkschaften sei, um so stärker die Macht, um so größer die Erfolge für die Kollegen.

**Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.**  
(11. August 1922.)

(W.W.B.) Nachdem die führenden Diplomaten der Großen Entente schon auf zwölf Konferenzen vergebens versucht haben das große Problem der Reparationszahlungen zu meistern, sind sie nunmehr in London zum dreizehnten Male zusammengekommen und wiederum ist ihren Beratungen der ersehnte große Erfolg versagt geblieben. In Deutschland nimmt inzwischen das Verhängnis seinen Lauf. Der großen Masse der deutschen Bevölkerung hat sich angefügt der fortgesetzt wachsenden Teuerung eine geradezu fatalistische Stimmung bemächtigt. Obwohl alle Arbeitskräfte zur Zeit voll beschäftigt sind, obwohl die deutsche Arbeitsmarktsituation eine Erwerbslosigkeit in nennenswerten Umfange kaum noch aufweist, macht die Verarmung der ganzen Nation doch rasende Fortschritte. Nachdem seit mehr als zwei Jahren die Erzeugnisse der deutschen Schaffenskraft am Weltmarkt in großen Massen verschleudert worden sind, hat jetzt an den deutschen Börsen unter dem Druck der Geldknappheit der Verkauf des inländischen Produktionsapparats eingeleitet. Mehr und mehr sinkt das einst so blühende Reich zur wirtschaftlichen und finanziellen Kolonie der hochalutarischen Länder herab. Immer mehr schwand die Hoffnung, daß diesem Verfall durch ein langfristiges Moratorium und eine internationale Anleihe noch Einhalt geboten werden könne. Wohin soll uns diese Entwicklung noch führen? Glaubt man im Auslande wirklich, daß der deutsche Arbeiter sich so geduldig der Gefahr des Hungers ausliefern läßt wie etwa der chinesische Kuli oder der russische Kleinbauer? Sieht man nicht ein, daß man ein hochkultiviertes, arbeitsfreudiges und leistungsfähiges Volk ganz planmäßig der Verelendung überantwortet, und daß die Gefahr von Verzweiflungsakten sich Tag für Tag steigert? Wohl haben die Massen in Deutschland bisher noch Ruhe und Disziplin bewahrt, sie stehen hinter ihrer Regierung und sind gewillt, allen Verbildigungen des Auslandes und allen Exzerzieren gewisser inländischer Kastaatropenpolitiker zum Trotz die übernommenen Verpflichtungen nach bestem Können ehrlich zu erfüllen. „Durch Arbeit zur Freiheit“ lautet die Devise des werktätigen deutschen Volkes. Was soll aber werden, wenn infolge zunehmenden Kapitalmangels die deutsche Industrie sich genötigt sieht, ihre Produktion einzuschränken, wenn im kommenden Winter wachsende Arbeitslosigkeit, Kohlennot und erdrückende Teuerung das ganze Land offenbar werden lassen, das jetzt dem Aufstehenden noch durch die vorläufig anhaltende Konjunktur nicht so sichtbar wird? Deutschland hat durch seine schnelle und entschlossene Rückkehr zu friedlicher Tätigkeit, durch seine rasche Wiederherstellung einigermaßen geordneter politischer, sozialer und wirtschaftlicher Zustände die offene Bewunderung der ganzen zivilisierten Welt erregt. Führt eine verbündete Politik fort, das deutsche Volk durch Anwendung weiterer Vergeltungsmaßnahmen, Sanktionen und sonstiger Quälereien zur äußersten Verzweiflung zu treiben, so kann über Nacht ganz Mitteleuropa sich in ein furchtbares Chaos verwandeln. Ein solcher Brandherd würde sich nicht mehr lokalisieren lassen. Man hat leider nicht das Gefühl, als ob bei allen Beteiligten der Londoner Konferenz die richtigen Vorstellungen von einer solchen fürchterlichen Gefahr vorhanden wären. Statt immer wieder Sachverständigenkommissionen nach Deutschland zu schicken, die doch nur das feststellen können, was schon unzähligmal allemal niedergelegt wurde, sollte man einige Kommissionen nach Rußland und vor allem in die russischen Hungergebiete senden, damit sie sich überzeugen, wohin letzten Endes eine übertriebene Gewaltpolitik führen muß.

**Wanderungen aus deutschen Arbeitsmarkt.** Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist augenblicklich so gering wie kaum je zuvor. Gegenwärtig empfangen im ganzen Reich noch ungefähr 15 000 Personen Erwerbslosenunterstützung. Diese verteilen sich jedoch auf einen ganz kleinen Kreis von Großstädten, Berlin stellt das Hauptkontingent. Beschäftigungslos sind eigentlich am deutschen Arbeitsmarkt gegenwärtig nur Angehörige gewisser Zweige des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes, Gattungsangestellte und Angehörige gewisser freier Berufe, wie z. B. Musiker, Maler, Zeichner, Schauspieler und Artisten, die unter dem Nachlassen ihrer Erwerbsmöglichkeiten immer mehr darauf angewiesen sind, ein Unterkommen in anderen Berufen zu suchen. Derartige Kräfte sind allerdings an den Plätzen, wo eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften herrscht, wie z. B. im Bergbau und in der Landwirtschaft, nur schwer unterzubringen, da sie sich größtenteils für schwere Arbeiten nicht reifer eignen. Ein starker Mangel an Arbeitskräften aller Art wird aus den verschiedensten Teilen Deutschlands gemeldet. Während bis vor kurzem ein solcher Mangel nur hinsichtlich der gelernter Nacharbeiter bestand, kann augenblicklich auch der Bedarf an ungelerten Arbeitskräften fast nirgends mehr gedeckt werden. Die einzelnen Gewerbezweige jagen einander infolge dessen die Arbeitskräfte systematisch ab. Es finden sehr lebhaft Wanderungen aus einer Industrie in die andere statt. Es wurde schon mehrfach darauf hingewiesen, daß Bergarbeiter aus dem Ruhrrevier massenhaft in das Baugewerbe und die weiterverarbeitende Industrie abwandern. Nach neueren Meldungen flücht aber auch der Baumarbeiter über eine Abwanderung von Arbeitkräften in die Fabriken. In letzter Zeit wurde in Westdeutschland auch eine rege Abwanderung von Bauern polnischer Nationalität nach Polen und Nordfrankreich beobachtet. Diese Bewegungen scheinen jedoch jetzt zu einem gewissen Stillstand zu kommen. Die Ursache zu diesem Rückgang mag wohl in den ungünstigeren Berichten liegen, die ausgewanderte Polen über die Verhältnisse in Polen und Nordfrankreich gaben und die durch die Presse der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Auch Abwanderungen deutscher Bergarbeiter nach Spitzbergen, Rumänien usw. konnten in letzter Zeit nicht mehr festgestellt werden. Es verdient ferner Beachtung, daß am inländischen Baumarkt eine deutliche Nachlassen der Konjunktur infolge der unersöhnlich hohen Baukosten zu beobachten ist, und daß hier in wenigen Wochen Arbeitskräfte frei werden. Auch in der Kalindustrie wird der Arbeitermangel zur Zeit nicht mehr so drückend empfunden wie vor einigen Monaten. Die hannoversche Erdölindustrie nahm im großen Umfange Einstellungen obereschleischer Flüchtlinge vor, so daß auch hier der Bedarf nicht mehr erheblich ist. Mit großen Schwierigkeiten hat natürlich in der gegenwärtigen Erntezeit die Landwirtschaft zu kämpfen, da es überall an Händen fehlt. Die für beratige Arbeiten in Betracht kommenden Leute verweisen in der Regel auf die sehr niedrigen Löhne der Landwirtschaft und suchen eher in den Fabriken unterzukommen. Die aus den russischen Hungergebieten geflüchteten deutschen Kolonisten sind größtenteils in Flüchtlingslagern untergebracht und werden so weit als möglich der Landwirtschaft zugeführt. Die Konjunkturaussichten sind im allgemeinen in Deutschland nicht so günstig, daß man mit einer längeren Fortdauer der lebhaften Nachfrage nach Arbeitskräften rechnen könnte. An ver-

bedienenen Branchen dürfte die Beschäftigung schon in wenigen Wochen etwas abflauen. Nach Beendigung der Erntearbeiten und mit dem Eintritt ungünstigerer Witterung wird aller Voraussicht nach das Angebot an ungelerten Arbeitern wieder stärker werden.

Was geht an den deutschen Börsen vor? Seit dem 1. Dezember v. J., der an den inländischen Effektenbörsen einen Zusammenbruch der ins Ungemessene gewachsenen Spekulation brachte, war es eigentlich recht still geworden in den Wallontempeln. Man sagte, die Unsicherheit der politischen Lage, die wachsende Geldknappheit, die Erwartung eines baldigen Konjunkturrückfalls und andere wenig erfreuliche Dinge mache der Spekulation ernste Sorgen und hindere sie an der Entfaltung ihrer Unternehmungslust. Eigenartigweise hat nun aber gerade Anfang August d. J. wieder eine irrische Flaute in einheimischen Dividendenwerten, insbesondere in Aktien der Montangesellschaften, eingesetzt, obwohl doch die politische Lage seit dem militärischen Zusammenbruch im Jahre 1918 noch nie so gefahrdrohend war wie in diesen Tagen und obwohl weder die Geldmarktsverhältnisse noch die Konjunkturaussichten für die nächste Zukunft eine Besserung erwarten lassen. Die jetzt entstandene Bewegung an den Effektenbörsen muß also doch wohl andere nicht so auf der Oberfläche liegende Ursachen haben und es verlohnt sich, den Dingen etwas mehr auf den Grund zu gehen. Die deutsche Mark hat im Juli d. J. eine beispiellose Entwertung durchgemacht und hält sich bisher auf ihrem niedrigen Stande. Für den Ausländer, der sich auf eine hochwertige Valuta stützt, sind deutsche Industriepapiere, selbst nach den jüngsten Kurssteigerungen, sozusagen für ein Butterbrot käuflich. Im Inlande besteht tatsächlich infolge der fortschreitenden Preissteigerung auf allen Gebieten ein beträchtlicher Geldmangel, der sich auch in der Industrie bereits im Sinne einer Produktionshemmung bemerkbar macht. Es liegt auf der Hand, daß viele Aktiengesellschaften mit ihrer Verwässerungspolitik, durch Verschleudern der Bezugsrechte und durch Verschleudern von Gratisaktien wesentlich dazu beigetragen haben, den Mangel an Betriebskapital zu verschärfen. Wir stehen heute schon vor der unzweifelhaften Tatsache, daß die deutsche Industrie die ihr notwendigen Kapitalien am inländischen Markte nicht mehr aufzutreiben kann. Infolgedessen sucht sie auf jede erdenkliche Weise Auslandskapital ins Land zu ziehen. Während im vergangenen Jahre noch massenhaft Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht zum Schutze gegen Ueberfremdung aus gegeben wurden, denkt man heute in maßgebenden Industriekreisen über eine Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Unternehmungen ganz wesentlich anders. Waren wir in den Jahren 1920 und 1921 nur genötigt, die Erzeugnisse unserer Industrie am Weltmarkte zu verschleudern, um Geld ins Land zu holen, so geht man jetzt daran, dem Auslande einen Teil der Produktionsmittel zu verkaufen. Der Ausverkauf Deutschlands hat an den deutschen Börsen ebenso wie am Grundstücksmarkte in größtem Stile eingesetzt. Er erstreckt sich auf Grund und Boden, Fabrikanlagen und Maschinen, auf Vermögenswerte aller Art über und unter Tage. Das Ausland bevorzugt bei seinen Käufen hauptsächlich Häuser, Grundstücke, Aktien von Bergwerksunternehmungen, Terraingesellschaften, Hotelgesellschaften und sonstigen Unternehmungen mit großem Gebäude- und Grundbesitz. Die Kursbewegung der führenden Montanwerte zeigt, mit welcher Wucht diese Käufe eingesetzt haben. Es notierten:

1922	1. August	9. August
Sarpener Bergbau	2950	4850
Hönitz	1484	1850
Gelsenkirchen	1370	2275
Bochumer Gußstahl	1362	2000
Sohlenlohe	1050	1280
Rheinthal	1420	2205
Deutsch-Luxemburg	1270	1850
Nöln-Neuessen	1535	1948
Deutsche Kali	1955	2350

Selbstverständlich haben die in letzter Zeit erfolgten Erhöhungen der Eisen- und Kalipreise auch den Kurs der einschlägigen Aktien etwas beeinflusst. Da es sich jedoch um Steigerungen von tausend und mehr Prozent innerhalb weniger Tage handelt, dürfte eine ausreichende Erklärung nur durch die großen Auslandskäufe gegeben sein.

### Rundschau.

Aus der Steinindustrie. Das vor 35 Jahren gegründete deutsche „Steinbildhauer-Journal“ in Liegnitz, herausgegeben und redigiert vom Bildhauer Hermann Wagner in Liegnitz, hat seit dem 1. Juli die Firma gewechselt. Der Verlag ist übergegangen an die neue Halbmonatschrift „Friedhof und Denkmal“, G. m. b. H., Dresden-N. In der Nr. 10 des „Bildhauer-Journal“ vom 1. August nimmt der bisherige Herausgeber und Redakteur von seinen Lesern, Abonnenten, Mitarbeitern und Inserenten Abschied. — Das Journal wollte in erster Linie eine Fachzeitschrift sein, ob es diesen Ansprüchen genügt, ist allerdings eine andere Frage, sie stand jedoch auf derselben Höhe wie die übrigen sogenannten Fachzeitschriften in der deutschen Steinindustrie. In der Hauptsache war sie für Inzerate (Lieferanten, Stellenangebote), wurde außerdem als Publikationsorgan der Unternehmerorganisationen in der Steinindustrie benutzt. Soweit das Journal sich mit Angelegenheiten der Steinarbeiter beschäftigte, können wir nur sagen, daß es sich der größten Zurückhaltung und Objektivität befleißigte. Für die Information in der Industrie ist das Aufgehen in die neue Zeitung jedoch kein Verlust, es könnten sicher noch andere Fachzeitschriften verschwinden und an deren Stelle nur eine für die gesamte deutsche Steinindustrie erscheinen.

Die neue Zeitschrift „Friedhof und Denkmal“, Herausgeber und Schriftleiter Hob. B. Witte, Dresden-N., Kaiser-Wilhelm-Platz 2d, liegt uns in Nr. 8 vor, zeigt eine gute Aufmachung, auch redaktionell und enthält ferner wirkungsvolle Illustrationen. Hoffentlich überflutet nicht im weiteren Bestehen dieser an sich begründeten und notwendigen Zeitschrift das Inzeratenwesen den textlichen Teil, wie bei anderen sogenannten Fachzeitschriften.

Gewerkschaftliches. Stellungnahme der Schlesischen Gewerkschaften zum Leipziger Gewerkschaftskongreß. In einer von der Zentralkommission der freien Gewerkschaften Schlesiens einberufenen Konferenz der Ortsausschüsse des ADGB, die am Sonntag, dem 6. August, in Breslau tagte und die von 103 Delegierten und 65 Gewerkschaftsfunktionären besucht war, wurde nach einer ausgiebigen mehrstündigen Aussprache über den Verlauf und das Ergebnis des Gewerkschaftskongresses in Leipzig die folgende Entscheidung gegen 1 Dußend Stimmen angenommen:

Die am 6. August 1922 tagende, 600 000 Mitglieder vertretende Konferenz der Ortsausschüsse und Funktionäre der Freien Gewerkschaften Schlesiens nimmt Kenntnis von dem Verlauf und Ergebnis des Gewerkschaftskongresses in Leipzig. Sie stellt mit Bedauern fest, daß die Hoffnungen und Erwartungen der freige-werkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auf diesem Kongreß nicht erfüllt worden sind.

Die Konferenzteilnehmer bedauern, daß der Gewerkschaftskongreß zur Austragung politischer Gegensätze benutzt wurde. Die Behandlung der großen Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung darf nur von den sozialen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft ausgehend, erfolgen. Neben, welche hauptsächlich einem parteipolitischen Agitationsbedürfnis entspringen, sollten auf den Gewerkschaftskongressen unter allen Umständen unterbleiben.

Im weiteren bringt die Konferenz zum Ausdruck, daß sie vollinhaltlich auf dem Boden der bisherigen Wirtschaft- und Gewerkschaftspolitik des Vorstandes des ADGB steht. Sie erkennt die Tätigkeit des Bundesvorstandes an und erwartet, daß er dieselbe nach den bisherigen Richtlinien fortsetzt.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung am 29. Juli d. J. einer Vorlage der Reichsregierung zur Erhöhung der Erwerbs-

losenunterstützung zu. Die Unterstützung für Personen über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben, sowie die Familiengzuschläge werden durchschnittlich um 50 v. H. erhöht. Die neuen Sätze sollen am 14. August d. J. in Kraft treten. Eine entsprechende Verordnung wird im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

Schlagwortweisheit. Schlagworte sollen durch gedrängte Fassung lange Gedankenreihen auf eine kurze Formel bringen. Sie sind gewissermaßen das Kleingeld des Geistes, das von Mund zu Mund weitergegeben wird. Kein Wunder, daß sie sich durch den Gebrauch abnutzen, umgeformt und oft ganz wertlos werden, weil sie zuletzt als bare Münze für etwas genommen werden, für das sie gar nicht mehr gelten. Ein solches Schlagwort ist das von der freien Arztwahl der Krankenkassenmitglieder. Von den Kassenvorständen wegen der ungünstigen Wirkungen auf die Kassenfinanzen meist abgelehnt, wurde die freie Arztwahl von den Ärzten propagiert mit dem Hinweis darauf, daß jedem Kranken die Möglichkeit gegeben werden müsse, den Arzt seines Vertrauens aufzusuchen. In Wirklichkeit aber verlangen die Ärzte die freie Arztwahl nur für die Mitglieder ihrer Organisation. Wer sich dieser aus irgendwelchen Gründen nicht angeschlossen hat, darf von Kassenmitgliedern nicht in Anspruch genommen werden, sei er als Arzt auch noch so tüchtig. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das Geständnis eines Herrn Dr. Schäfer in der Berliner Arztkorrespondenz, der schon 1919 schrieb: „Es glaubt uns wirklich kein Mensch mehr, wenn wir behaupten, um des Wohles der Kranken willen wollen wir die freie Arztwahl haben und jedem Kranken den Arzt seines Vertrauens zur Verfügung stellen. Gewiß, wir wollen auch das, weil es vom idealen Standpunkt aus zu begrüßen und unseren Wünschen nicht zu wider ist. In erster Linie aber wollen wir die freie Arztwahl um unserer selbst willen.“ Noch viel schärfer spricht sich in gleichem Sinne ein Führer der Ärzteschaft, der Geh. San.-Rat Dr. Dippe in den Ärztlichen Mitteilungen vom 10. Juni 1922 aus, wenn er schreibt: „Weshalb haben wir denn die freie Arztwahl verlangt und erkämpft? In der Hauptsache doch aus zwei Gründen. Erstens, um allen Ärzten die Möglichkeit zur Arbeit und zum Erwerb zu verschaffen, und zweitens, um den Ärzten ihre Freiheit, ihre Unabhängigkeit zu erhalten.“ — Die Kassenmitglieder aber verlangen eine freie Arztwahl um der Kranken und nicht um der Ärzte willen. Deshalb fort mit den jetzigen Zuständen und her mit der wirklich freien Arztwahl! Sind die Ärztesorganisationen damit nicht einverstanden, dann die Krankenkassen freigemacht von diesem Zwang! Mögen sie ihren Mitgliedern die Auslagen für die ärztliche Behandlung erstatten, aber es ihnen selbst überlassen, zu wählen, von wem sie behandelt werden wollen. Und fort auch mit den Gesetzen, die solchen Forderungen entgegenstehen. Die Beiträge der Kassenmitglieder sollen der Volksgesundheit zugute kommen. Sie sind nicht dazu da, um lediglich das Wohl eines einzelnen Standes zu fördern.

Gewerkschaftsausstellung in Hamburg. In der Zeit vom 17. bis zum 27. August findet in Hamburg eine Kulturpropagandawoche unter dem Namen Heberjee-Woche statt. Im Gegensatz zu den sonst in Deutschland stattfindenden Messen hat diese Heberjee-Woche einen reinen Ausstellungscharakter und soll der Wiederherstellung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Auslande dienen. Der Ortsauschuß Hamburg des ADGB hat es sich nicht nehmen lassen, im Rahmen dieser Heberjee-Woche dem Auslande zu zeigen, welche hohe kulturelle Bedeutung gerade das Gewerkschaftsleben in Deutschland hat. Er hat unter sehr schwierigen Umständen eine Fülle von Material zusammengetragen und wird in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof) ein Bild der Gewerkschaftsentwicklung Deutschlands und des Auslandes geben.

Diese Veranstaltung wird für die Gewerkschaftsbewegung über den Rahmen Hamburgs hinaus große Bedeutung erlangen. Interessenten wollen sich Programm und Eintrittskarten durch das Sekretariat der Heberjee-Woche in Hamburg oder vom Ortsauschuß Groß-Hamburg des ADGB, Besenbinderhof 57, einfordern. Sie werden kostenlos abgegeben.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Ausführung.

Folgende Stellen sind so bald wie möglich zu besetzen:  
1. Die Gauleitung für den 4. Gau;  
2. Ein zweiter Bezirksleiter für den Westerwald;  
3. Ein Bezirksleiter für das Unterfränkische Ruchelstättengebiet.

Bei den Bewerbungen ist folgendes zu beachten:

Zu 1. Die Neuwahl im 4. Gau macht sich notwendig durch die Besetzung des Kollegen Schlegel zum neugebildeten 10. Gau. Als sein Nachfolger im 4. Gau soll möglichst ein Kollege aus der Pflastersteinindustrie in Betracht kommen.

Zu 2 und 3. Die Bewerber sollen möglichst aus den Bezirken selbst hervorgehen. Im allgemeinen. Die Wohnungsschwierigkeiten lassen es nicht zu, im voraus einen Sitz für die neu zu schaffenden Stellen festzusetzen. Es wird daher auch bei der Besetzung weitestgehende Rücksicht auf diesen Umstand genommen werden müssen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Bewerbungsschreiben nebst Mitgliedsbüchern, Lebenslauf, und einer Abhandlung über die ihnen zugedachte Tätigkeit bis zum 26. August d. J. an den Zentralvorstand einzusenden.

Vorbereitung: Mehrjährige gewerkschaftliche und politische Organisationszugehörigkeit.  
Der Verbandsvorstand: i. A.: Ernst Winkler.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 15. August die Abrechnungen für das II. Quartal noch nicht eingesandt:

- 1. Gau: Emden, Landsberg a. W., Stralsund.
- 3. Gau: Froburg.
- 4. Gau: Eßershausen, Casselode, Minden, Meiffenhäusen.
- 5. Gau: Nachen, Elberfeld, Gierzhagen, Hölzenhausen.
- 6. Gau: Rforzheim.
- 7. Gau: Hauzenberg, Neuhaus, Röhenbach, Teuschütz, Trieben-dorf.
- 9. Gau: Bohenhausen, Airn a. N.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

München. Der Kollege Christian Brugger hat sein Mitgliedsbuch verloren (Nr. 50 689); vor Mißbrauch wird gewarnt! Aug. Oberkirchner, Kassierer.

Braunschweig. Etwa hier zureisende Kollegen melden sich vor dem Besuch der Plätze unbedingt beim Kollegen Emil Löpert, Vorsitzender, Ldastraße 3.

Brieg b. Breslau. Paul Muhr, wo stehst Du? Es verlangen verschiedene Leute aus Brieg nach Dir und halten die Hand auf. Wenn die Vergeltlichkeit andauert, wird die Zahlstellenverwaltung deutlicher.

Windisch-Gichenbach. Für den Kranken Kollegen Lorenz Seimer gingen in der Zahlstelle folgende Beträge ein: Rinch-nach 135 M., Wahrenth 100 M., Krinzell 134 M., Windisch 100 M., Vab-Nibling 66 M., Dillingen 50 M., München 100 M., Lunfiedel 50 M., Verneck 50 M., Mlauberg 50 M., Kirchenlamitz 50 M., Trie-bendorf 100 M., Selb 300 M., Großblattengrün 92 M. Summe: 1377 M. Dafür herzlichsten Dank! Anton Pölatz, Kassierer.

Berlin. Mit Unterstützung der Gewerkschaftskommission hat sich in Berlin als proletarische Propaganda die Volks-Film-Bühne gebildet. Es ist jedoch notwendig, daß die Betriebsräte sich der Sache annehmen und in ihren Betrieben die nötige Agitation betreiben. Für Betriebszusammenkünfte stellt die VFB auf telephonischen Anruf (Kurfürstendamm 6538) Referenten zur Verfügung. Die Propaganda für die Volks-Film-Bühne wird dadurch erschwert, daß noch sehr viel Unklarheit über deren Aufnahme- und Beitragsbedingungen herrscht. Deshalb kurz folgendes: Außer der Einschreib-

gebühr von 5 M. sind erst dann Beiträge zu bezahlen, wenn die ersten Vorstellungen beginnen. Dann wird ein monatiger Beitrag erhoben, der zum Besuch einer Vorstellung berechtigt. Die Ausgabe der Mitgliedskarten erfolgt durch die Gewerkschaft. Es wird den Mitgliedern freistehen, entweder einen bestimmten Platz an einem bestimmten Abend zu belegen, oder nach Belieben eine Vorstellung innerhalb des Monats zu besuchen. Die VFB wird nicht nur Kultur- und Lehrfilme bringen, sondern einen großen Unterhaltungsfilm, der künstlerisch und dramatisch hochwertig sein wird, ein satirisches Lustspiel und dann einen kurzen Kulturfilm. Es ist schon jetzt notwendig, sich als Mitglied der VFB eintragen zu lassen, da ja nach Anzahl der Mitglieder die Theater besorgt werden müssen und nur dann eine einwandfreie Abwicklung der Geschäfte erfolgen kann, wenn die Anmeldungen rechtzeitig erfolgen. Kollegen, unterstützt dies neue Kulturwerk des werktätigen Volkes! Werbet und werbt Mitglieder für die Volks-Film-Bühne! Eintretungen zur Mitgliedschaft werden im Bureau der Zahlstelle, Engelauer 15 I, Zimmer Nr. 7, vorgenommen.

Hannover. Für Biowigs Grabstein liefern nach folgende Beträge ein: Zahlstelle Kassel 50 M., Lübeck 150 M., Dillu-ter 100 M., Hannover 400 M., Wernigerode 50 M., Dolan-mit-Steinindustrie Franz Kuffhardt, Hildesheim 300 M., Gau-leiter B. Mühle, Leipzig, 300 M., Jenny Horn, Hamburg 10 M. Bereits quittiert 475 M. Summa: 1670 M.  
Otto Brunotte, Schloßwendergarten 18 I.

### Adressenänderungen.

2. Gau. Waldburg i. Schlef.: Vorj. u. Kass.: Willi Gläjer, Töpfer-straße 13 III.

4. Gau. Warstein i. Westf. Vorj.: Karl Rütger, Mönchsland 6. Kass.: Josef Esser.

5. Gau. Duisburg. (Einige Kollegen haben die Zerstörung der Zahlstelle nicht mitgemacht, sie sorgen dafür, wenn auch in kleiner Zahl, daß die Organisation am Orte erhalten bleibt.) Vorj. u. Kass.: Josef Fuhr, Duisburg-Ruhrort, Eisenbahnstr. 5.

6. Gau. Weiler b. Sinsheim (Baden). Vorj.: Karl Ded, Kass.: Mich. Kohnagel.

7. Gau. Rindnach. Vorj.: Mich. Wallner, Grub, Post Rindnach. Paiten. Vorj.: Josef Schmid.

9. Gau. Kleinglabenbach Post Breidenbach (Hess.-N.). Vorj.: Heinrich Pfeiffer, Kass.: Jakob Weber.

Weslar. Vorj.: Wilhelm Kegel, Siechhoffstr. 1.

10. Gau. Cöthen (Anhalt). Vorj.: Otto Thiele, Brunnenstraße 108. Kass.: Heinrich Kresse, Schloßstraße 13.

### Briefkasten.

Richtigstellung. In der Nr. 32 ist an dieser Stelle ein sinnentstellender Fehler unterlaufen. In der Notiz: „An alle, die es angeht“ muß es heißen: in fünf Nummern des „Steinarbeiters“ hintereinander usw.

Zeit. B. Steine eingetroffen, besten Dank.

### Neue Bücher, Zeitschriften usw.

„Gastronomische Rundschau“. Monatschrift zur Förderung der Fachbildung im Hotel- und Gastwirts-gewerbe, herausgegeben vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafe-Angestellten. Verlag Berlin N 24, Eschauer Straße 86-88. Der Zentralverband der Gastwirtsgehilfen hat mit dieser Monatschrift ein vielversprechendes Vorhaben angefangen. Die erste Nummer ist in ihrem Inhalt tatsächlich anregend und gibt manchen wertvollen Fingerzeig. Mancher Gastwirtsgehilfe wird gewiß gern danach greifen, wenn die weiteren Ausgaben ähnlichen Inhalt aufweisen wie die Nr. 1. Auch gar manchem selbständigen Restaurateur könnte diese Schrift empfohlen werden.

Margismus und Bodenreform. Von A. Damasci. Verlag Gustav Fischer, Jena.

In einem erweiterten Vortrage, vor Gewerkschafts- und Parteifunktionären in Breslau gehalten, erörtert der alte Boden-reformer Damasci die Notwendigkeit der Bodenreform im Zusammenhang zum Margismus unter der Devise: Jeder organische Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens muß mit einer Reform des Bodenrechts beginnen.

Stil- und Formenlehre für Handwerker 1. und 2. Teil von Josef Kirchner. Verlag Max Kellner, München, Herzog-pitalstraße 1. Preis beider Bücher zirka 16 M. Der 1. Teil behandelt die Außenbauformen mit 300 Abbildungen und präzisem Text, der 2. Teil die Innenarchitektur mit 272 Abbildungen. Beide Bücher sind schon 1911 erschienen in erster Auflage, deshalb auch verhältnismäßig billig. Bilden ferner eine gute Information in der Stil- und Formenlehre und sind empfehlenswert für Steinmetzen, Maurer, Zimmerleute usw.

### Anzeigen

**Diegl's Schriftenschnitzerei** für meine neu eingerichteten Zweigfabrik in Werder (Havel) mehrere  
Siegeln (Hessen), Eicher Straße 37  
Anfertigung v. Alphabeten nach eingesand-ten Entwürfen.  
Moderne Schreibern-Entwürfe 50 Mark.

**Tücht. Steinmetzen** für Granit für unser Werk Wolgast i. Pomm. in dauernde Beschäftigung gesucht. Meldungen bei der dortigen Betriebsleitung. Kessel & Köhl, Granit- u. Marmorwerke Aktiengesellschaft Berlin-Wolgast.

**Tücht. Granit-Maschinen-**schleifer bei hohem Lohn sofort oder später gesucht. Otto Kopp, Bildhauer u. Steinmetzstr., Döbblingstr. 1.

**Marmorfäher** für Vollgatter, un-berichtet, in dau-ernde Arbeit gesucht. **Stettiner Stein-**industrie Akt.-Ges., Stettin.

**Mehrere Steinbrecher u. Handstein-**mehlen i. Gau u. Kriegerdenkmäler stellt sof. Angeb. zu richten an Werth & Co, Bremen, Hohentorsherrstraße 23.

### Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis einzeln zu werden.  
In Berlin am 30. Juli der Sandsteinmetz **Albert Kleinert**, 54 Jahre alt, Leberschwund.  
In Böblitz am 31. Juli der Marmorsteinmetz **P. A. Hese**, 26 Jahre alt, Vertriebsunfall.  
In Strehlen am 2. August der Brecher **Karl Spiller**, 52 Jahre alt, Lungentuberkulose.  
In Kappelrodeck am 5. August der Hilfsarbeiter **Franz Baudenditel**, 48 Jahre alt, Vertriebsunfall.  
In Häslich am 7. August der Pflastersteinmacher **Adolf Jähnigen**, 61 Jahre alt, Magenleiden.  
In Brudmühl am 9. August der Marmorsteinmetz **Alcis Stökle**, 54 Jahre alt, Kehlkopf- und Lungentuberkulose.  
Obre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.